

Kongress 2008

Thun, 30. - 31. Oktober



■ Schweizer Syndikat Medienschaffender ■ Syndicat
suisse des massmedia ■ Sindacato svizzero dei mass
media ■ Sindicat svizzer dils mediums da massa

Resolution

Keine Hilfe für die UBS ohne strikte Bedingungen!

Der aktuelle Börsen- und Finanzskandal übertrifft jegliche Vorstellungskraft und hat nun auch das Bankenparadies Schweiz mit voller Wucht erfasst. Wir Steuerzahlende müssen der UBS mit 68 Milliarden Franken unter die Arme greifen. So hat es der Bundesrat eigenmächtig beschlossen um die UBS vor dem Bankrott und die Schweiz vor unabsehbarem wirtschaftlichem Schaden zu bewahren. Das Parlament wurde ausgehebelt.

Mit ihrer masslosen Gier verspekulierten die Investmentbanker Tausende Milliarden von Franken und trieben die Wirtschaft an den Rand einer globalen Krise. Sie gefährden mit ihren unverantwortlichen Spekulationsgeschäften unsere Ersparnisse, unsere Renten und unsere Arbeitsplätze.

Der Bundesrat hat beschlossen die grösste Staatsausgabe aller Zeiten ohne klare Bedingungen zu tätigen und somit belohnt er die Abzockerei der Bankmanager, statt ihr einen Riegel vorzuschieben. Das Parlament muss deshalb sofort die Unterstützung der UBS an strikte Bedingungen knüpfen:

- Umwandlung der direkten Hilfe des Bundes in Aktien der UBS
- Wahrnehmung und Vertretung der Interessen der Bevölkerung im VR der UBS
- Stop sämtlicher Boni-Zahlungen an die UBS-Manager
- Verbot aller hochriskanten und extrem spekulativen Bankgeschäfte
- Gesetzlich vorgeschriebene transparente und gerechte Lohnsysteme ohne Anreize für Abzockerei
- Sofortige Kaufkraftsicherung durch Impulsprogramme, Lohnerhöhungen und Begrenzung von Preissteigerungen beim Strom, Krankenkassen etc.
- Anstossen des ökologischen Umbaus mit einem Industrieprogramm
- Entkoppelung der Pensionskassen vom Finanzkapitalismus durch neue Investitionsvorschriften, hier können die Mitglieder von Stiftungsräten sofort aktiv werden

Das SSM fordert in seiner Resolution die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf, ihre Verantwortung gegenüber der Schweizer Bevölkerung wahrzunehmen und die UBS-Hilfe an diese konkreten Forderungen zu knüpfen.

03.11.2008